

# Pränumerations-Preise:

## Für Laibach

|                |             |
|----------------|-------------|
| Halbjährig     | 6 fl. — fr. |
| Quartalsjährig | 3 „ — „     |
| Monatlich      | 1 „ 50 „    |
| Monatlich      | — „ 50 „    |

## Mit der Post:

|                |             |
|----------------|-------------|
| Halbjährig     | 9 fl. — fr. |
| Quartalsjährig | 4 „ 50 „    |
| Monatlich      | 2 „ 25 „    |

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

Laibacher

# Tagblatt.

Redaktion:

Bahnhofgasse Nr. 132

Expedition und Inseraten

Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmayr & J. Wamberg)

Inserationspreise:

Für die einseitige Zeile 3 fr. bei zweimaliger Einschaltung 5 fr. dreimal 7 fr. Inserationsstempel jedesmal 30 fr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 195.

Freitag, 27. August. — Morgen: Augustin.

1869.

## Eine Gegenerklärung.

Von Herrn Reichsraths-Abgeordneten Dr. Kunz wird uns das nachfolgende Schreiben zur Veröffentlichung übermittelt:

Herrn J. N. Horat, Handschuhmacher und Hausbesitzer in Laibach.

Wien, 25. August 1869.

Es ist mir ein von zwölf Mitgliedern der „nationalen Partei“ in Laibach unterfertigtes Schreiben gekommen. Da Ihr Name an der Spitze der Unterschriften steht und Sie somit zu jenem Briefe die Anregung gegeben haben dürften, richte ich diese Zeilen an Sie mit dem Ersuchen, die Herrn Mitunterzeichner davon in Kenntniß setzen zu wollen.

Selbstverständlich steht es in jedermanns Belieben, Briefe zu schreiben und abzusenden; ich hätte daher Ihren Brief wohl nicht beantwortet, wenn er nicht gleichzeitig mit der Zustellung an mich auch durch die Organe der nationalen Partei veröffentlicht worden wäre. Nur aus diesem Grunde beantworte ich ihn und veröffentliche nachstehende Erklärung:

Vorerst muß ich einige Bemerkungen in formeller Beziehung machen. Sie sprechen erstens im Namen der „slovenischen Nation“, — und doch dürfte es auch Ihnen ganz gut bekannt sein, daß ein ansehnlicher Theil der „slovenischen Nation“ sich zu den von einigen „Führern“ der nationalen Partei in Krain verfochtenen Anschauungen durchaus nicht bekennet. — Weiters nimmt es mich Wunder, daß Sie erst im August 1869 ein Schreiben absenden mit der Erklärung, daß Sie mich nicht als „Ver-

treter der slovenischen Nation“ betrachten, nachdem ich bereits am 30. November 1867 (Laibacher Zeitung Nr. 280) bestimmt erklärt habe, daß ich mich nicht als Mitglied der nationalen Partei betrachte. Endlich bemerke ich, daß ich in meinem offenen Schreiben vom 15. November 1867 (ebenfalls abgedruckt in der Laibacher Zeitung) meine Haltung im Reichsrathe in der „Verfassungsfrage“, in der „Konfessionsfrage“, insbesondere in der „Schulfrage“ u. s. w. dargelegt habe. Nach diesen vor nahezu zwei Jahren von mir abgegebenen Erklärungen kommen nun erst jetzt einige Herren mir zu sagen, was ich ohnehin weiß und wogegen ich gar nicht protestire, daß sie nämlich mit meiner „Haltung vor dem Schottenthore und mit meiner politischen Gesinnung überhaupt“ nicht einverstanden sind! Als Grund der Unzufriedenheit führen Sie einige Aussprüche von mir an, auf die ich später zu sprechen komme.

Nun zum Wesentlichen Ihres Briefes.

Ueber die Einleitung Ihres Briefes gehe ich hinweg, weil ich mich in dieser Richtung in den beiden oberrühnten „offenen Briefen“ bereits ausgesprochen habe. Im übrigen ist es durchwegs mein Verhalten gegenüber dem Konföderat und gegenüber den überspannten Nationalitäts-Bestrebungen, welches Sie mir zum Vorwurfe machen. Ueber diese zwei Punkte will ich mich nochmals, und zwar in der unzweideutigsten Weise aussprechen:

In Bezug auf das Konföderat halten Sie mir meine Aeußerung vor: „Die Macht des Klerus über Schule und bürgerliche Verhältnisse muß für immer gebrochen werden.“

In Bezug auf die Nationalitätsfrage meine Aeußerung:

„Sowie die Freiheit ihre gesetzlichen Grenzen hat, so ist es auch mit

dem Streben nach Wahrung der Nationalität, sollen nicht Anarchie oder schrankenlose Willkür zur Herrschaft gelangen. Es heißt aber die natürliche Ordnung im Staate und in der Gesellschaft umkehren, wenn man die Nationalitäts-Bestrebungen höher stellen will, als die Bestrebungen nach freiheitlicher Entwicklung überhaupt.“

Ich habe diese Aussprüche gethan und stehe dafür jetzt und für die Folge entschieden ein. Sie stehen somit auf einem grundsätzlich verschiedenen Boden als ich. Sie sind für die Aufrechterhaltung des Konföderates und behaupten: zuerst Nationalität, dann Freiheit; — ich bin für vollständige Aufhebung des Konföderates und behaupte: zuerst Freiheit, dann Nationalität. Sie stehen mit Ihrem politischen Glaubensbekenntnisse im Lager der „nationalen“ — ich mit dem meinen in jenem der „liberalen Partei.“ — Allerdings hatte die „nationale Partei“ ehemals, und zwar im Wahlprogramme vom 11. Jänner 1867 gesagt:

„Wir wollen vor allem ein einiges, mächtiges, ruhmbekanntes, allen Nationen gleich geordnetes Oesterreich; wir wollen den friedlichen Ausgleich und die Einigkeit aller Nationen auf Grundlage einer freiheitlichen Verfassung; wir wollen die Erhöhung des geistigen und materiellen Wohlstandes.“

Diesem Programme bin ich im Jahre 1867 beigetreten; deshalb habe ich für die revidirte Verfassung, für die Grundrechte der Staatsbürger, für den Ausgleich mit Ungarn, für die Befreiung des Volkes von einem unberechtigten geistigen Drucke, für die Hebung des materiellen Wohlstandes im Reichsrathe gesprochen und gestimmt. Wenn aber die „nationale Partei in Krain“ heute damit nicht einverstanden ist, so muß sie den Begriffen „Gleichberechtigung“, — „Freiheit“, — „geistige und ma-

## Genissekon.

## Eine Erinnerungsfeier.

Kommenden Sonntag wird in der Nähe von Slawikowiz in Mähren die Gedenkfeier an den Tag stattfinden, an welchem Kaiser Josef vor hundert Jahren, auf einer Reise begriffen, eigenhändig eine Furche zog, um durch diese Handlung der Wichtigkeit des Ackerbaues seine Anerkennung zu zollen. Es war die Zeit, in welcher sich der herrliche, mit den edelsten Anlagen begabte, von der warmsten Begeisterung für das Glück der Völker und von der regsten Thatkraft beseelte Kaiser, als Mitregent in den Erblanden, sich zu seinem großen Reformwerke vorbereitete, welches, wenn auch nicht immer mit der gehörigen Vorsicht und Mäßigung begleitet, stets die wohlgemeintesten Zwecke verfolgte und dem Staatsleben eine neue Grundlage, eine neue Richtung geben sollte. Bis dahin galt die von der Vergangenheit überlieferte Ordnung der Dinge als die allein und für immer berechnete; nur ein pflanzenartiges Wachsen und Werden, nicht aber ein

selbstthätiges Schaffen, nur die Nothwendigkeit der Natur, nicht aber die Freiheit des Geistes sollte im Staatsleben Wirksamkeit üben. Die künftigen Zustände sollten möglichst Wiederholungen der früheren sein. Das war die Staatsweisheit, welche Josef vorfand. Er setzte an ihre Stelle die politische That, welche mit dem Ueberlieferten und Bestehenden brach. Er wollte den Nationalgeist zu einer frischen und kräftigen Entfaltung entflammen, Bildung und Humanität zur Herrschaft im Staate verhelfen. Er gestaltete die Rechtspflege, die Verwaltung und das Besteuerungswesen vollständig um, hob die Zensur, die Todesstrafe und die Leibeigenschaft auf, beschränkte die Lehensrechte, gewährte allen christlichen Kirchen Religionsfreiheit und Gleichstellung in bürgerlichen Rechten, erleichterte die Lage der Juden, wies die Uebergriffe der Kirche zurück, hob zahlreiche Klöster auf und gründete an deren Stelle Waisen- und Krankenhäuser, baute Landstraßen und förderte, so viel er konnte, Industrie, Handel, Wissenschaft und Kunst. Im Geiste der damaligen Zeitrichtung war ihm sein Volk eine Familie, er ihr Vater; diese Familie zu einer wohlhabenden, gebildeten und gesitteten zu machen, das war seine

einzigste Sorge. Es war ihm beschieden, das Staatsleben zu einer neuen festen Ordnung umzugestalten. Redlich hat er Edles erstrebt; aber sein Streben wurde von den meisten seiner Zeitgenossen nicht begriffen. Ein frühzeitiger Tod entriß ihn den Arbeiten für das Wohl seiner Völker, und die nachfolgenden Regierungen, welche in die frühere passive, jede That verabscheuende Haltung zurückfielen, verkümmerten vollends dem Volke die Resultate seiner Bestrebungen. Allein der Liebe des Volkes werth, unsterblich durch seine Thaten, wird sein Andenken mit Recht hochgeehrt; sein Name wird gekannt werden, so lange Menschen die Erde bewohnen.

Josef fand bei seinem Reformwerke zahlreiche Corporationen, „Staaten im Staate“ vor, deren gegenseitige Rechte nicht auf einem allgemeinen Prinzipie, sondern auf Verträgen, auf Brief und Siegel beruhten. Die sogenannten öffentlichen Aemter wurden ebenfalls zum großen Theile als Privatrechte geübt. Um nun für sein Ideal des Staates, welches der Träger der Bildung, der Humanität und des Rechts werden sollte, Platz zu schaffen, mußte er die alten Gestaltungen umstürzen und deren Rechte an sich, das heißt den Staat,

terielle Wohlfahrt" u. s. w. einen ganz anderen Sinn unterlegen, als es in der ganzen gebildeten Welt überhaupt der Fall ist.

Da Sie und Ihre Gesinnungsgenossen auf einem prinzipiell verschiedenen Standpunkte stehen, so ist es klar, daß Sie mit meiner Haltung, — und ich mit der Ihren nicht zufrieden sein können; Ihre Freunde sind meine Gegner und umgekehrt. Wir werden einander wohl nicht bekehren. Doch den Einen Wunsch lassen Sie mich aussprechen, der wahrhaftig aus tiefster Seele kommt: Mögen jene Grundsätze, welche in anderen Ländern segensreiche Früchte hervorbrachten, auch in Krain Eingang und Verwirklichung finden; mögen alle intelligenten, freilebenden Krainer sich zu dem schönen Werke der Versöhnung auf dem Boden unserer freisinnigen Verfassung einigen, damit der Zwiespalt in unserer Heimat endlich aufhöre und in Eintracht und Friede das schöne Ländchen erstärke und gedeihe!

Diesem Wunsche füge ich nur noch die Versicherung bei, daß ich — unbeirrt durch Lob oder Tadel — stets nach bestem Wissen und Gewissen für das Wohl meiner Heimat thätig sein werde.

Dr. Altm,

Landtags- und Reichsraths-Abgeordneter.

### Aus der Reichsraths-Delegation.

Im Budgetausschuß der Reichsraths-Delegation referirte gestern Herr v. Winterstein über den vom gemeinsamen Finanzministerium in Anspruch genommenen Nachtragskredit für gemeinsame Pensionen und trägt auf Nichtgewährung dieses Kredites an, weil die Summe noch nicht definitiv festgestellt werden kann; es sei daher vor der Hand und bis zur Vorlage der Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1868 über die gestellte Anforderung zur Tagesordnung überzugehen. Jedoch würde auch in Analogie mit dem hinsichtlich des Nachtragskredites für das Kriegsministerium pro 1868 gefaßten Beschlusse der Antrag in der Art stilisirt werden können, daß auf die Regierungsvorlage erst nach erfolgter Rechnungslegung einzugehen sei.

Der zweite Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Ferner berichtet Del. Ritter v. Pipitz über seinen Antrag, der Staatsverwaltung die Ergreifung der erforderlichen Maßregeln zur Regelung der Valuta zu empfehlen.

Nach einer längeren Debatte wird der nachstehende von Dr. Baughans beantragte Wortlaut für diese Resolution angenommen: „Das gemeinsame Ministerium sei aufzufordern, bei der nächsten verfassungsmäßig sich darbietenden Gelegenheit die Ministerien der beiden Reichshälften auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit aufmerksam zu machen, den bisherigen Schwankungen der Valuta durch gesetzlich zu vereinbarende Maßregeln Abhilfe zu schaffen und der Wiederkehr solcher Schwankungen vorzubeugen.“

Die Berichterstattung hierüber wird dem Delegirten v. Pipitz anvertraut, zum Generalberichterstatter Delegirter v. Winterstein gewählt.

### Ueber die kirchlichen Feiertage

heißt es in dem Erlaß des Ministers des Innern an sämtliche Länder-Chefs unter andern:

Das Staatsgrundgesetz vom 27. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger gewährleistet einerseits im Artikel XV jeder gesetzlich anerkannten Kirche und Religions-Gesellschaft das Recht zur selbstständigen Ordnung und Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten; andererseits spricht es im Artikel XIV den Grundsatz aus, daß niemand zu einer kirchlichen Handlung oder zur Theilnahme an einer kirchlichen Feierlichkeit gezwungen werden kann. Nun muß zwar die Feststellung der kirchlichen Feiertage zu den inneren Angelegenheiten der einzelnen Kirchen und Religions-Gesellschaften gezählt werden, welche der staatlichen Einwirkung entrückt sind, allein diese autonome Gebahrung der Kirchen und Religions-Gesellschaften ist für das bürgerliche Leben nicht bindend, da die Heiligung dieser kirchlichen Feiertage zu denjenigen Handlungen gehört, zu welchen niemand gezwungen oder mit anderen Worten, von den Organen der Regierung verhalten werden kann. Es liegt daher gänzlich in dem Ermessen der einzelnen selbstständigen Personen, ob sie die Feiertage ihrer Kirche oder Religions-Gesellschaft begehren wollen oder nicht, und es sind dieselben nur hinsichtlich der öffentlichen Arbeit an Sonntagen und anderer den Hauptgottesdienst störenden, in der Nähe des Gotteshauses vorkommenden Handlungen durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Mai 1868 über die interkonfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger beschränkt. Bei diesem Stande der Gesetzgebung ist der Regierung, so sehr sie vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus wünschen muß, daß die in übermäßiger Zahl bestehenden Feiertage im eigenen Interesse der Bevölkerung möglichst beschränkt werden, eine direkte imperative Einwirkung auf Verminderung und beziehungsweise Abschaffung der Feiertage nicht gestattet, und es muß vorzüglich der durch Belehrung möglichst zu fördernden Einsicht der Bevölkerung überlassen werden, den Werth der Arbeit schätzen zu lernen und sich überflüssiger Feiertage zu enthalten. In diesem Sinne wollen daher Euer . . . die unterstehenden Behörden anweisen, daß sie in Bezug auf ihre Amtshandlungen nicht nur jeden „nicht gebotenen“ Feiertag in jeder Beziehung ignoriren, sondern auch vorkommendenfalls durch Belehrung ihren Einfluß geltend machen, damit die Bevölkerung es von der Beobachtung solcher Feiertage abkommen lasse.

### Englische Stimmen über Oesterreichs Politik.

Der Londoner „Saturday Review“, dem Organ der englischen Jungkonservativen sind die nachstehenden bemerkenswerthen Sätze über die Politik des Grafen Beust entlehnt: „Engländer, schreibt das genannte gelehrte Wochenblatt, sollten die letzten Leute sein, welche die Bedeutung einer starken auswärtigen Politik unterschätzen, aber bei all' ihren Vorzügen ist eine solche Politik weder Ammenmilch noch Krankenkost, das sollte Graf Beust beherzigen; er würde dann manchen Unannehmlichkeiten von Seiten Preußens entgehen. Der Reichskanzler hat mehrere der großen Fragen, welche sich nach 1866 aufwarfen, erfolgreich gelöst. Allein Graf Beust scheint nicht viel auf Zeit und Geduld zu geben; daß er den Wunsch hegen sollte, Oesterreich seinen alten Platz in Deutschland wiederzuerringen, ist nur natürlich. Ob durch eine würdige Zurückhaltung Oesterreichs nicht eine Reaktion der süddeutschen Staaten gegen die Diktatur des norddeutschen Bundeskanzlers zu erzielen wäre, welche es Oesterreich möglich machen würde, den verlorenen Boden als deutsche Macht wiederzuerobern, mag ungewiß sein; indessen ist es schwer zu begreifen, daß dieses Ziel durch eine andere Politik erreichbar sein sollte. Wenn hinsichtlich der orientalischen Frage von manchen Seiten verlangt wird, Oesterreich solle sich in Preußen seinen natürlichen Allirten zugesellen, so darf man dagegen anführen, daß Preußen einmal sein eigenes Spiel in Deutschland und dann ein deutsches Spiel im Orient zu spielen hat. Ein Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen würde die Beziehungen zwischen Preußen und Rußland bedeutend abkühlen, und so lange noch ein Theil Deutschlands unabhängig ist, dürfte Preußen es kaum zu einem offenen Streite mit Rußland kommen lassen. Andererseits ist es nicht zu leugnen, daß auf Seiten Frankreichs eine vollständige Frontveränderung im Osten durchaus möglich ist. Es ist annehmbar, daß Rußland Mittel und Wege finden sollte, Frankreich mit seinem Vorrücken auf Konstantinopel auszuöhnen. In einem solchen Falle würde Frankreich wohl kaum Oesterreichs Interessen im Osten fördern, wenn Oesterreich ihm nicht im Westen beihilflich sein würde. Sollte Graf Beust es aber jemals darauf ankommen lassen, so wird er wahrscheinlich Ursache finden, zu bereuen, daß er statt am Schluß der Wiedergeburt im Anfange derselben Oesterreich den kostspieligen Luxus einer auswärtigen Politik gegeben.“

### Politische Rundschau.

Laibach, 27. August.

Dem Vernehmen nach — meldet das „Wiener Tgbl.“ — beschäftigt sich die Regierung mit der

reißten. Josef kämpfte für das Volk; aber alles sollte durch den Staat geschehen. Das Volk selbst war von aller öffentlichen Thätigkeit ausgeschlossen. Es war sonach nicht der moderne Rechtsstaat, welchen Josef anstrebte, sondern der zentralisirte Polizeistaat, der, entsprechend den damaligen Lehren der Aufklärung und des Philanthropismus, mit seinen Vorschriften sich in das Innere der Häuser und Familien drängte, alles ordnen und regeln wollte und somit schließlich jede individuelle Freiheit und Selbstthätigkeit unterdrückte. Es würde gegen die historische Wahrheit verstoßen, wollte man die Berechtigung dieser Staatsform leugnen und es in Abrede stellen, daß sie gegenüber dem früheren Patrimonial-Staate einen ungemeinen Fortschritt darstellt. Es mußte erst der Staatsgewalt wieder Geltung verschafft werden; der Staat mußte den kleineren Korporationen das Recht, ihre Mitglieder selbständig zu beherrschen, entreißen, um den Boden für einen Bau zu bereiten. Nur der Staat besaß hiezu die Macht, und so war denn auch er dazu berufen. Indem er aber die Gesetzgebung und Verwaltung zentralisirte, Verkehrs- und Unterrichts-Anstalten gründete und zahllose Lebenszwecke förderte, erwies er sich als die nothwendige

Uebergangsstufe zum modernen Rechtsstaate, dessen Prinzip die persönliche und wirtschaftliche Freiheit ist.

Zwischen den Zeiten Josef's und den unsrigen liegt indeß ein tiefer Gegensatz. Damals war der Wille eines Einzigen das Maßgebende im Staate, heute ist es die Majorität des Volkes. Damals war es die den Staat repräsentirende Bureaucratie, welche gegenüber der Hilflosigkeit und Hilfsbedürftigkeit des Volkes allen Fortschritt anregte; heute suchen wir in der eigenen Einsicht und in der eigenen Thätigkeit der Betheiligten, also in der freien Selbstregierung des Volkes die Quelle der allgemeinen Wohlfahrt. Die klare Erkenntniß dieses Gegensatzes aber ist es, die wir nur zu oft vermissen, wenn das Volk in wohlberechtigter Sehnsucht nach besseren staatlichen, kirchlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen den Namen Josef's ausspricht. Mag in Oesterreich allerdings für die Regierung noch ein großes Gebiet für ein selbstständiges Eingreifen und für planvolle Verbesserung und Hebung unserer Zustände vorhanden sein, das Volk muß seine Stütze in sich selbst suchen. Das eigene, auf Wissenschaft und Erfahrung gegründete Urtheil eines jeden Bürgers,

das selbstbewußte, freudige Erfüllen der jedem Einzelnen obliegenden politischen Pflichten, aber auch die überlegte Geltendmachung der ihm zustehenden Rechte, — das sind die einzigen sicheren Grundlagen unseres Rechtsstaates. Nur wo der Bürger selbstthätig in das politische Leben eingreift, sind Recht und Gesetz in sicherer Huth und den Wählereien einzelner Intriguanen entrückt. Wir verehren den Kaiser Josef als unseren Vorkämpfer; seine Zwecke sind die unserigen. Allein unsere Mittel sind andere. Und so möge denn auch das Volk den großen Kaiser an seinem Gedenktage ehren und feiern, wie es seine unsterblichen Thaten verdienen; möge es aber auch immer mehr zur Einsicht gelangen, daß heute nicht mehr die Regierung es ist, welche die Wünsche des Volkes befriedigen, die Feinde desselben wirksam bekämpfen kann, sondern daß nur die eifrige Betheiligung des Volkes selbst an den öffentlichen Geschäften, nur eine treue Erfüllung seiner Pflichten und eine gewissenhafte Ausübung seiner Rechte das große Unternehmen, Oesterreich neu aufzubauen, der Vollendung entgegenführen wird!

(Presse.)

Frage, ob sie den Landtagen nicht eine Vorlage machen soll, welche eine Revision der Landesordnungen nach sich ziehen könnte. In die Landesordnungen sollen nämlich jene Bestimmungen aufgenommen werden, welche nach der Dezemberverfassung die Kompetenz der Landtage erweitern; auf diese Weise würde Revision und Aenderung der Landesordnungen überhaupt zur Sprache kommen und damit die Initiative zu parlamentarischen Kämpfen gegeben werden, welchen das Ministerium nicht länger ausweichen kann und vielleicht auch nicht ausweichen will.

Der „Ung. Kl.“ und der „N. Fr. Kl.“ versichern, daß in der Militärgrenzfrage die vollkommenste entente cordiale zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Andrassy bestehe, und daß die Differenzen, von denen man spreche, nur scheinbare seien. Der Wiener Korrespondent des „U. Kl.“ bezeichnet die Preisgebung der Militärgrenze an Ungarn als die Gegenleistung für die Unterstützung der Bismarck'schen Politik durch die ungarische Regierung. Bismarck wolle Revanche nehmen für Königgrätz. Ungarn allein aber könne den Donnerkeil schmieden, um Preußen niederzuwerfen, deshalb habe Bismarck seine Forderungen befürwortet, „damit nicht, wie in den Weihnachtstagen von 1868, ein Dementi des Grafen Andrassy den Adlerflug seiner Politik hemme.“ In gleichem Sinne äußert sich der „N. Fr. Kl.“, der den Grafen Bismarck als den „Mauerbrecher“ bezeichnet, der „seinem ungarischen Kollegen den Freundschaftsdienst erwies, die Frage allerhöchsten Orts in Fluß zu bringen.“

Im November dieses Jahres soll das halbjährige Armeecavancement ausbleiben. Der Grund hierzu soll in der Absicht liegen, den durch die supernumerären Subalternen verursachten Mehraufwand durch leer gehaltene Stellen in den oberen Chargen einigermaßen zu decken; auch hat es den Anschein, als ob das seit anderthalb Jahren in Berathung befindliche Beförderungsgesetz noch immer nicht fertig werden wolle. Nur bei den Offizierstellvertretern soll im November ein Gnadencavancement stattfinden, um den Kadeten, welche jetzt bei den meisten Waffen ganz ohne Aussichten sind und deshalb auch schon schaarweise aus dem aktiven Militärdienste in Zivilbeschäftigungen übertraten, wieder einige Aufmunterung zum Ausharren zu geben.

Die definitive Ernennung des Baron Koller zum Statthalter von Böhmen ist nahe bevorstehend. Die Regierung ist sich mit dieser Ernennung wohl bewußt, daß dieselbe bei den Czechen durchaus keinen Anklang finden wird; allein sie glaubt — so schreibt man der „Tagespost“ aus Wien — darüber hinaussehen zu müssen, weil die Vorgänge in Böhmen ihr Besorgnisse einflößen und sie mit der Ernennung des Baron Koller die Nothwendigkeit eines strammen Regiments andeuten will.

Aus Prag wird der „N. Fr. Pr.“ telegraphirt: Trotz der energischen Agitation von Seite der Czechen haben die Kuttengerger czechischen Lehrer an den Wahlen für den Bezirksschulrath theilgenommen. Der Gewählte forderte zu Treue und Gehorsam gegen den Kaiser auf und brachte ein Glava auf denselben aus. Die czechischen Mitglieder der Pilsener Handelskammer lehnen die Annahme ihres Mandates ab. Die Lehrer des Horowitzer Bezirkes beschloßen die Enthaltung von den Wahlen für den Bezirksschulrath.

Der „Volksfreund“ bringt die Antwort des Papstes auf die Katholikenadressen, die diesem aus Oesterreich zugekommen sind. Der Papst fordert darin seine „geliebten Söhne“ auf, „mit immer größerem Eifer den Vater der Erbarmungen unablässig zu bitten, er wolle durch seine allmächtige Kraft bewirken, daß aus dem von Uns angesagten und am kommenden 8. Dezember beginnenden ökumenischen Konzil die größten und wünschenswertesten Güter für die katholische Kirche und die menschliche Gesellschaft erfließen und daß nach Ueberwindung aller Irrthümer und vollständiger Ausrottung aller Frevel und Laster alle kläglich Irrenden vom Wege

des Verderbens zum rechten Pfade der Gerechtigkeit, der Wahrheit und des Heiles zurückkehren mögen, und daß unser heiligster Glaube, unsere Religion und ihre heilbringende Lehre und alle Tugenden in allen Landen von Tag zu Tag mehr gedeihen, erblühen und herrschen mögen.“ Sonst ist diese päpstliche Kundgebung, die in Form eines Schreibens an den Landgrafen von Fürstenberg abgefaßt ist, bemerkenswerth durch das was sie verschweigt, als durch das was sie enthält. Die üblichen Anforderungen an die Katholiken zur Agitation gegen die Staatsgesetze fehlen diesmal gänzlich.

Garibaldi hat vor einigen Tagen sein Felsen-eiland verlassen; eine Depesche des Genueser „Movimento“ zeigt an, daß er demnächst nach Florenz kommen werde. Seine Freunde sollen ihn angeblich ersucht haben, die Reise aufzuschieben, „um Verwicklungen zu vermeiden.“ Sollte der alte Held etwas gegen die Römlinge im Schilde führen?

Die Kaiserin Eugenie ist mit dem kaiserlichen Prinzen von Fontainebleau abgereist und in Lion eingetroffen. Man hatte bereits an der Börse und anderwärts in Paris davon gemunkelt, daß der bedenkliche Gesundheitszustand des Kaisers die Reise vielleicht verzögern oder gar verhindern könnte. Ob die Reise nach Korsika der Dynastie einen neuen Glanz verleihen wird, bleibt bis jetzt noch zweifelhaft. „Unter günstigen Vorzeichen“ schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ aus Paris, „geht die Reise nach Korsika jedenfalls nicht vor sich. Jene Insel ist, obgleich die Wiege Napoleon's I., weit weniger bonapartistisch, als man glaubt. Mehrere Mitglieder des Municipal-rathes von Ajaccio haben ihre Demission gegeben, weil der Maire die Summe, welche für öffentliche Vergnügungen bestimmt werden soll, nicht öffentlich diskutieren lassen wollte. Die Kaiserin wird am 4. September zurück sein. Ob sie in den Orient gehen wird, ist keineswegs gewiß. Es hängt das ganz von dem Gesundheitszustande ihres Gemals ab, der sehr prekär ist.“

Was die Orientreise des Prinzen Napoleon anbelangt, so erklärt die „Opinion Nationale“, das Organ des Prinzen, daß an diesen Reiseprojekten kein wahres Wort sei. Der Prinz weile ruhig in Paris; wenn er sich übrigens nicht direkt an der Politik der Regierung theilnähme, so hänge dies nicht von seinem Willen ab.

Der „Reveil“ fordert alle Verbannten auf, in die Heimat zurückzukehren. Das Blatt meldet auch, daß Ledru-Rollin nach Frankreich zurückkehrt.

Das amtliche französische Journal erklärt, die Amnestie sei auf die Verurtheilten wegen Verschwörung gegen das Leben des Kaisers oder anderer politischen Persönlichkeiten nicht anwendbar.

Wie versichert wird, sollen einige Unionisten und Progressisten die Absicht haben, Serrano als Kandidaten für den spanischen Thron aufzustellen. — Der Pfarrer Willer, welcher eine Karlistenbande befehligte, wurde zum Tode verurtheilt.

## Zur Tagesgeschichte.

— Zu den Gesetzentwürfen, welche der Reichsvertretung in ihrer nächsten Session zugeführt werden sollen, gehört auch der wegen des Baues des neuen Parlamentsgebäudes. Die Regierung hat schon vor einigen Monaten Mitgliedern aus beiden Häusern des Reichsrathes die Pläne vorgelegt und man beschloß damals, daß das neue Parlamentsgebäude ein gemeinsames sein, d. i. sowohl das Herrenhaus, wie das Abgeordnetenhaus in sich aufnehmen solle. Die Pläne wurden kürzlich einer Anzahl Delegirten der diesseitigen Reichshälfte vorgelegt und die Frage in Erwägung gezogen, wo das Parlamentsgebäude eigentlich stehen soll. Den Gegenstand einer bewegten Debatte bildete die Frage, welches von den drei zu errichtenden Gebäuden, das Stadthaus, das Parlamentsgebäude oder die Universität in der Mitte stehen solle. Die Ansicht, daß die Universität die Mitte zwischen dem

Stadthause und dem Parlament einzunehmen habe, drang endlich mit 7 von 10 Stimmen durch. Die Kosten des Parlamentsgebäudes sind auf 6 bis 7 Millionen veranschlagt.

— Wie die (offizielle) „Korr. Sch.“ bestimmt meldet, ist die Ernennung des Herrn FML. Morring zum Statthalter des Küstenlandes bereits vollzogen.

— Wie dem „N. W. Tagbl.“ mitgetheilt wird, soll die Armee in nächster Zeit ein äußeres Abzeichen erhalten, welches es kenntlich machen wird, wie lange der Soldat in der Armee dient. Der Soldat wird nämlich am rechten Arm einen rothen Streifen nach dreijähriger, zwei solche Streifen nach sechsjähriger, und drei bei neunjähriger Dienstzeit tragen.

— Bezüglich der Affaire Plankensteiner erfährt ein Wiener Blatt, daß bereits ein vom Grafen Taaffe als Ministerpräsident signirtes Schreiben an Herrn Plankensteiner abging, in welchem derselbe darüber aufgeklärt wird, daß die von ihm abgelehnte Ordensauszeichnung ausschließlich seinen Verdiensten gelte, die er sich als Landwirth erworben hat. Mehrere in Wien wohnende Abgeordnete sowohl wie einige Mitglieder der Reichsrathsdelegation haben Herrn Plankensteiner auf telegraphischem Wege ihre Anerkennung für sein Auftreten ausgesprochen. Es sei noch erwähnt, daß Herr Plankensteiner schon vor Schluß der Session das Mandat als Abgeordneter des Reichsraths niederlegte, weil er es mit der Würde eines Volksvertreters nicht im Einklange stehen fand, gleichzeitig Deputirter und Verwaltungsrath der steierischen Kreditbank zu sein.

— Wie bekannt, wurde das israelitische Mädchen Julie Perlberg in Kossice am 9. August d. J. von ihrem Geliebten, einem jungen christlichen Vergmann, nach Krakau entführt und daselbst in dem Nonnenkloster „Wizyli“ — im Kloster der Bisterrinnen — untergebracht. Die gegen den Entführer wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit eingeleitete Untersuchung hat die Gewißheit ergeben, daß die Klosterfrauen mit dem Entführer im vollsten Einverständnisse handelten, da das Zimmer und das Bett für das Mädchen für mehrere Tage in Bereitschaft gehalten wurden und Julie Perlberg, als sie in der Nacht vom 9. August mit ihrem Liebhaber an der Klosterpforte anlangte, sofort Einlaß fand und sogar das Nachtmal für sie in Bereitschaft gehalten wurde. Der Entführer ist in Folge einer Reklamation des Untersuchungsgerichtes in Wieliczka vor einigen Tagen verhaftet worden.

— Eine Hyäne des Meeres. Die „Tr. Ztg.“ schreibt: Wirklich überraschend ist die Größe des im hiesigen Maurertheater ausgestellten Haiisches. Seine Länge beträgt über 18 Fuß und sein Gewicht übersteigt 3000 Pfund. Der weite Rachen ist mit großen, spitzen und schneidigen, dreieckigen und am Rande gefägten Zähnen, welche sich in mehreren Reihen ordnen, versehen. Die erste der beiden Rückenflossen ist beinahe zolldick und von erstaunlicher Größe. Die Rückhaut, das Charakteristische bei den Haien, ist deutlich vorhanden. Diese sogenannte „Hyäne“ des Meeres wurde vor 4 Tagen in den Tonaren bei Bolosca, 1 Stunde von Fiume entfernt, gefangen. Dieselbe soll dort unter den Thunfischen entsetzlich gehaust und vielen Schaden angerichtet haben, was um so begreiflicher ist, da der Haiisch bei seiner leichten und schnellen Verdauungsfähigkeit 8 bis 10 Thunfische auf einmal verschlucken kann. Sehr interessant ist die Art und Weise, wie dieser Hai gefangen wurde. Als die mit dem Fange der Thunfische beschäftigten Fischer seiner ansichtig wurden, verfolgten sie ihn sogleich, bis er sich in den zum Fischfange ausgeworfenen Regen verirrte. Die Barken umringten ihn, und da man kein wirksames Instrument bei der Hand hatte, um ihn zu erlegen, so stieß ihm ein Fischer ein langes, armides Beil in den Rachen, welches der Hai in kurzer Zeit, jedoch mit Verlust der zwei vorderen Schneidezähne, durchsagte, worauf ihm der übrige Theil mit aller Kraft nachgestoßen wurde, um ihn zu verhindern, das wahrscheinlich bis an die Eingangsöffnung des Schlundes gebrungene Holzstück ausspeien zu können. So gelang es, den Hai förmlich zu erlöden, was auch zur Folge hatte, daß äußerlich mit Ausnahme einer zwei-

schon Rückenstöße und Kopf links befindlichen unbedeutenden Hautabschürfung keine Verletzung am ganzen Körper wahrnehmbar ist. Das Exemplar ist ein Weibchen.

— Schon wieder wird eine Grubenexplosion gemeldet: In den Gruben von Manterad bei Firminy (Frankreich) fand eine Grubenexplosion durch schlagende Wetter statt, wodurch 14 Personen getödtet wurden.

— Ein Mörder in S. Franzisko wurde kürzlich vor den Richter geführt; kaum hat letzterer Platz genommen, so bringt der Diner ein Telegramm, das ihm mittheilt, seine Tochter liege im Sterben. Bestürzt eilt er fort, allgemeine Verwirrung, der Mörder entspringt und — das Telegramm ist falsch! Der Verbrecher selbst war der Urheber desselben.

## Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

### Total-Chronik.

— (Eine neue Franzdorfer Kuh.) Am 25. d. M. wurde der Zug Nr. 3 zwischen Laase und Kreßnitz in der Nähe der Kirche Kreßnitz Polana mit einem Stein beworfen, welcher in das Fenster eines Koupee zweiter Klasse fiel und jenes zertrümmerte. — Im Koupee war ein Major mit einer Dame und zwei Kindern. — In Littai wurde sofort die Anzeige erstattet.

— (Dr. E. H. Costa kein echter Slovene.) „Slovenski Narod“ vom 26. d. M. richtet eine derbe Strafpredigt an Dr. E. H. Costa wegen der von uns bereits erwähnten deutschen Klage, die dieser gegen einen kroatischen Nationalen beim Gericht in Delnice überreicht hatte. Der Geklagte, Namens Majnović, scheint Dr. Costa's Vorgang als einen Hochverrath an der Nation zu betrachten und ersucht den „Sl. Narod“ im Namen aller Kroaten, diesen Vorfall der ganzen slovenischen Welt zur Kenntniß zu bringen. „Sl. Narod“ bemerkt hiezu, daß er dort, wo es sich um Prinzipien-Fragen handelt, niemanden schonen könne und dürfe. Es sei ein Skandal, wenn Dr. Costa die slovenische Amtirung eingeführt wissen will, jedoch selbst es unterläßt, wenn er ein Führer des Volkes, ein Verteidiger der nationalen Prinzipien zu sein vorgibt und denselben schnurstraks entgegenhandelt, er sei kein echter Slovene. Wie können die Nationalen ihren Gegnern als Ehrenmänner ins Auge blicken, wenn jene Männer, die ihre Führer sein wollen, ihren Grundsätzen solche Schande bereiten. Durch solche Handlungsweise drückt man dem Gegner die Waffe in die Hand. — Wird wohl Dr. E. H. Costa in seinem Leibjournal auf diese Anklage Rede und Antwort geben? Was meint „Novice“ zu dieser ihr sicherlich unliebsamen Sprache gegen den von ihr gepriesenen Liebling der Nation? Kann sie wohl leugnen, daß das „Tagblatt“ Recht hatte, als es schon vor einem Jahre „die Abnützung der slovenischen Volksführer“ näher erörterte?

— (Aus Ober-Kärnten) wird der „Klagenf. Btg.“ geschrieben: Die Wahlen in den Bezirkskathedralen, der in der neuen Ordnung der Dinge von so weitgreifender Bedeutung ist, sind nun vollendet. Wir haben alle Ursache, mit dem Resultate derselben zufrieden zu sein. Sowohl unter den durch die Fachmänner, als auch unter den seitens der Gemeindevorstellungen Gewählten finden wir fast durchwegs Männer, welche nicht nur die erforderlichen Fähigkeiten, sondern sicherlich auch den Willen besitzen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Wenn es bei den Wahlen auch nicht immer und überall ohne Kampf abging und die reaktionären Elemente außerordentliche Anstrengungen machten, so blieb der Sieg schließlich doch der Fortschrittspartei.

### Witterung.

Laibach, 27. August.

Morgens trübe. Vormittag der Himmel fast anhaltend bewölkt. Ziemlich windig. Wärme: Morgens 6 Uhr + 11.8°, Nachm. 2 Uhr + 17.3° (1868 + 18.0°; 1867 + 20.3°) Barometer: 328.94'', seit früh etwas gefallen. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 14.1°, um 0.1° unter dem Normale.

## Angelommene Fremde.

Am 26. August.

**Stadt Wien.** Socher, Rfm., Warasdin. — Stampf, Rfm., Triest. — Buchreiner, Großhändler, Triest. — Koster, Großhändler, Triest. — Dr. Bartolmei, Advokat, Triest. — Cuzzi, Villach. — Conte Domini, k. k. Oberst in Pension, Triest. — Stuzzi, Handelsmann, Görz. — v. Biffini, k. k. Appellationsraths-Gattin, Görz.

**Elefant.** Kovalevič, Biogorje, Plamenag, Petrovič Blaus, Petrovič Marus und Petrovič Peter aus Montenegro. — Pečnik, Windisch-Feistritz. — Bernard, k. k. D. L. G. Rath in Pess, Graz. — Batisse, Feistritz. — Richter, Agram. — Horvath, Agram. — Quittner, Dresden. — v. Eubar, k. k. Hauptmann. — Debelat, Pfarrer, Oberkrain. — Lampe, Sekretär, Jesenitz. — Pamera, Krainburg. — Meisel, Wien. — Sönnig, Holsm., Galizien. — Lengh, Großhändler, Kanija. — Klemenčič, k. k. Oberarzt. — Gabron, Realitätenbesitzer, Unterkrain.

### Gedentafel

über die am 29. August 1869 stattfindenden Vizationen.

1. Feilb., Wilsan'sche Real., Neumarkt, 1440 fl., Fahrnisse 13 fl. 34 kr., BG. Neumarkt. — 2. Feilb., Arto'sche Real., Soderö, BG. Reifnitz.

## Telegramme.

**Wien, 26. August.** Der Kriegsminister erklärte heute in Betreff der Nachtragskredite, die Verweigerung derselben mache eine immerhin mögliche kriegerische Aufstellung im Frühjahr unerreichbar. Nach heftiger Debatte bewilligte die österreichische Delegation über Antrag Ziemialkowski's den ganzen geforderten Nachtragskredit pro 1869 mit 3,790,000 fl. Die ungarische Delegation that dasselbe. Letztere nahm ferner einen Titel des Kriegsbudgets, worunter die Gagenhöhung bis einschließlich zum Major, an.

## Zur Beachtung.

Ein Professor der französischen und italienischen Sprache, mit den besten Zeugnissen über sein bisheriges Wirken versehen, sieht sich durch Gesundheitsrückichten veranlaßt, seinen bisherigen Aufenthalt mit Laibach zu vertauschen, woselbst er die obgenannten Sprachen nach einer leichtfaßlichen, schnell erlernenden Methode vorzutragen gedenkt. Besonders wünschenswerth wäre, durch eine Anzahl von Kindern eine Schule mit täglich zweistündigem Vortrag gegen ein mäßiges Honorar zusammenzustellen, ohne jedoch ihre übrigen Schulstunden zu behindern; auch wäre derselbe bereit, an öffentlichen und Privat-Bildungs-Anstalten eine oder die andere Sprache vorzutragen und auch für Einzelne Privatstunden zu geben.

Die Eröffnung der Vorträge könnte mit den September I. J. beginnen; Anmeldungen für Stunden nimmt bis dahin die Redaktion dieses Blattes entgegen. (234—6)



Gottes allmächtiger Wille hat den Herrn

## Daniel Dettela

am 27. d. M. 1/1 Uhr früh, versehen mit den Tröstungen der heiligen Sakramente, im 57. Lebensjahre in ein besseres Jenseits abberufen.

Die irdische Hülle des Verbliebenen wird Samstag am 28. d. M. um 6 Uhr Abends im Hause Nr. 139 am St. Jakobs-Platz eingesegnet und auf dem Friedhofe zur ewigen Ruhe bestattet.

Die heil. Seelenmessen werden in verschiedenen Kirchen gelesen. Der theuere Verbliebene wird dem frommen Andenken seiner Freunde und Bekannten empfohlen.

Laibach, 27. August 1869.

Die trauernden Familienangehörigen des Verbliebenen.

## Ein Verkaufsgewölbe

in der Spitalgasse Nr. 270 ist sogleich zu vergeben.

## Ein Lehrling.

findet sogleiche Aufnahme in einem Manufakturwaaren-Geschäfte hier. (250—3)

Näheres in der Expedition dieses Blattes.

### Frauen-Arzt

## Dr. Waldhäusl

aus Graz,

Direktor einer gynäkologischen Anstalt, ertheilt in Laibach

### Hôtel Elefant

am 29. und 30. August d. J., Vormittags von 10 bis 12, Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, gelegentlich seiner Durchreise

## ärztliche Konsultationen

über Frauen- und Unterleibskrankheiten aller Art, auch über alle Arten Neubildungen, Krebs, insbesondere Gebärmutter-Krebs und Unfruchtbarkeit etc. — Für spezielle Konsultationen nimmt konvertierte Karten oder Adressen das Komptoir der Herren v. Kleinmayr & Bamberg aus Gefälligkeit entgegen. (255—3)

## Weibliche Bildungs-Anstalt

### Petritsch,

Klagenfurt, neuer Platz, k. k. Hof-berg'sches Palais.

Die ausgezeichnete schöne Lage dieser Alpenstadt und das gesunde Klima derselben begünstigen diese Anstalt in hohem Maße und fallen um so mehr in's Gewicht, als die ihr anvertrauten Jünglinge meist in einem Alter stehen, wo neben der geistigen Entfaltung das physische Gedeihen von großer Bedeutung ist. In wie ferne die Direktion der Anstalt das geistige wie körperliche Wohl ihrer Jünglinge zu fördern strebt, überhaupt den Anforderungen einer gebildeten weiblichen Bildung zu entsprechen sucht, darüber gibt Auskunft der zu Ende des Schuljahres veröffentlichte

### Bericht über Zweck, Unterrichts-gang u. innere Einrichtung der Anstalt,

welche zum Preise von 20 kr. in Herrn Ign. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg's Buchhandlung in Laibach zu haben ist. (245—3)

## Wiener Börse vom 26. August.

| Staatsfonds.            | Geld   | Ware   | Geld               | Ware          |
|-------------------------|--------|--------|--------------------|---------------|
| Spec. österr. Währ.     | —      | —      | Def. Hypoth.-Bant. | 98.50 99.50   |
| Öst. Rente, 5 p. H.     | 62.30  | 62.40  | Prioritäts-Oblig.  | —             |
| Öst. Rente, 4 p. H.     | 71.40  | 71.50  | Öst. Hypoth.-Bant. | 121. — 121.25 |
| Öst. Rente, 3 p. H.     | 91.75  | 92.25  | Öst. Hypoth.-Bant. | 245. — 245.25 |
| Öst. Rente, 2 p. H.     | 100. — | 100.20 | Öst. Hypoth.-Bant. | 93.25 93.75   |
| Öst. Rente, 1 p. H.     | 102.75 | 103.25 | Öst. Hypoth.-Bant. | 91.25 91.50   |
| Öst. Rente, 0 p. H.     | 122.50 | 122.70 | Öst. Hypoth.-Bant. | 94.50 95. —   |
| Grundentl.-Obl.         | —      | —      | Öst. Hypoth.-Bant. | 94.60 94.80   |
| Österr. Mark zu 5 p. H. | 92.75  | 93.50  | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Kärnten, Krain          | —      | —      | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| u. Kärntenland 5        | 86. —  | 84. —  | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Ungarn . . . zu 5       | 81.50  | 81.80  | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Kroat. u. Slav. 5       | 82.25  | 82.75  | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Siebenbürg. 5           | 79.25  | 79.50  | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Aktion.                 | —      | —      | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Nationalbank . .        | 767. — | 769. — | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Österr. Bank . .        | 304.80 | 305. — | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 910. — | 915. — | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Anglo-österr. Bank      | 406. — | 408. — | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Def. Bank . . .         | 315. — | 317. — | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Def. Hypoth.-Bant.      | —      | 105. — | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 275. — | —      | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 2300   | 2305   | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 272.80 | 273. — | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 198.50 | 199. — | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 276. — | 276.50 | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 178.50 | 179. — | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 187.75 | 188.25 | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 183. — | —      | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 181. — | 181.50 | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Pfandbriefe.            | —      | —      | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 94.80  | 95. —  | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 92.50  | 93. —  | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 109. — | 109.50 | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 91.40  | 91.60  | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Münzen.                 | —      | —      | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 5.90   | 5.91   | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 9.88   | 9.89   | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 1.80   | 1.81   | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |
| Öst. Bank . . .         | 120.75 | 121.25 | Öst. Hypoth.-Bant. | —             |

### Telegraphischer Wechselkurs vom 27. August.

5 p. H. Rente 5 p. H. Papier 61.75. — 5 p. H. Rente 5 p. H. Silber 70.60. — 1860er Staatsanlehen 99.60. — Bankaktien 766. — Kreditaktien 300. — London 122.50. — Silber 120.25. — R. I. Dutaten 5.87.